

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Stolpern in den Weltkrieg: Immer mehr Waffen für Kiew](#)
2. [Ukraine: Verantwortungsbewusstes Handeln statt gefährlicher moralischer Überheblichkeit](#)
3. [Der Westen braucht einen Plan B](#)
4. [Wie wär's mit einem Atomkrieg wegen der Krim? Notizen vom Rand der narrativen Matrix](#)
5. [Dieses Mal ist es anders](#)
6. [Avoiding a Long War: U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict](#)
7. [„Wir müssen in die Produktion von Kriegsmaterial gehen“](#)
8. [Heute vor 79 Jahren hat die Rote Armee die deutsche Blockade Leningrads mit einer Million Verhungerten öffnen können. Das darf nicht in Vergessenheit geraten!](#)
9. [Lehrerverbände reagieren empört auf Expertenempfehlung](#)
10. [Ernährungsarmut wegschweigen](#)
11. [Über die Klugheit im Nachhinein](#)
12. [Lässt Covid-19 unser Immunsystem vorzeitig altern?](#)
13. [Pfizer-Direktor wurde erwischt und dann gewalttätig](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Stolpern in den Weltkrieg: Immer mehr Waffen für Kiew**

Der Waffen hunger der ukrainischen Führung scheint grenzenlos. Kaum haben die USA und Deutschland verkündet, der Ukraine »Leopard«- und »Abrams«-Panzer zu liefern, fordert der ukrainische Präsident Selenskij Kampfjets und Raketen. Zwar hat Kanzler Scholz die Lieferung von Kampfflugzeugen oder die Entsendung von Bodentruppen am

Mittwoch im Bundestag ausgeschlossen. Doch wie glaubhaft ist das, nachdem er schon mehrfach rote Linien gezogen hat, nur um sie wenig später zu überschreiten? Erste Gespräche zwischen NATO-Chef Stoltenberg und Selenskij über die Lieferung von F-35-Atombombern laufen wohl schon, und sowohl die USA als auch Frankreich schließen nicht aus, der Ukraine Kampfjets zu liefern.

»Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland«, entschlüpfte es der deutschen Außenministerin auf einer Versammlung des Europarats. Weiß Frau Baerbock nicht, was sie da sagt? Oder will sie demnächst auch deutsche Soldaten zur Begleitung deutscher Panzer in die Schlacht gegen Russland schicken, da für die Ausbildung ukrainischer Soldaten die Zeit fehlt? Oder wurden wir alle getäuscht und diese Ausbildung hat längst stattgefunden, da man schon vor Monaten entschieden hat, »Leopard«-Panzer zu liefern?

So oder so: Ohne ein direktes Eingreifen der NATO wird die Ukraine ihr Ziel, die russischen Truppen auch aus dem Donbass und von der Krim zu vertreiben, kaum erreichen. »Ein Sieg ohne Luftwaffe ist kaum vorstellbar«, bringt es der ukrainische Vizeaußenminister und Bandera-Verehrer Melnyk auf den Punkt.

Der Westen wird sich also entscheiden müssen: Wird er für einen Sieg der Ukraine russisches Roulette spielen und einen Atomkrieg riskieren? Oder werden die USA und die NATO noch zur Vernunft kommen und die Ukraine dazu bringen, einen Kompromissfrieden zu akzeptieren? Aber wie zynisch ist es dann, die ukrainische Führung jetzt durch immer neue Waffenlieferungen zu ermutigen, weitere Zigtausende, vielleicht Hunderttausende Menschen in den Tod zu schicken?

Wir sind auf einer abschüssigen Bahn, die in einem Weltkrieg und einer atomaren Apokalypse enden kann. Und klar ist auch: Für einen Kriegseintritt müsste der Westen jene »Werte« opfern, die bislang zur Rechtfertigung des Krieges herangezogen werden, allen voran Meinungsfreiheit und Demokratie. Denn ein solcher Schritt in den Abgrund ließe sich der Bevölkerung auch bei fortgesetzter Medienpropaganda wohl kaum schmackhaft machen.

Quelle: [Sahra Wagenknecht in junge Welt](#)

2. **Ukraine: Verantwortungsbewusstes Handeln statt gefährlicher moralischer Überheblichkeit**

Die Berichterstattung in Deutschland über den Krieg in der Ukraine gerät in eine immer stärkere Schiefelage. Man bekommt den Eindruck, dass eine wachsende Zahl von Journalisten und Journalistinnen sich nicht mehr als Berichterstatterinnen und Kommentatoren verstehen sondern als Influencer.

Es geht nicht mehr um das pro und contra zu jedem einzelnen Vorschlag zur Unterstützung der Ukraine und zur Frage, wie das Sterben so schnell wie möglich beendet werden kann. Es geht um Bekenntnisse. Die möglichst laute Forderung nach

Panzern - und absehbar auch nach den von der Ukraine geforderten Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen bis hin zu einer Flugverbotszone -, ersetzt die nüchterne Auseinandersetzung mit der Frage, was verantwortungsvolles Handeln ein Jahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine bedeutet. Panzer-Politik und Panzer-Journalismus beherrschen die Schlagzeilen der Zeitungen, die Fernseh-Nachrichten und die talk-shows.

Wer nach dem Sinn von Panzer-Lieferungen fragt, wer nach den Zielen fragt, die damit erreicht werden sollen, wer auf Risiken und Gefahren hinweist, die mit der Lieferung von Panzern verbunden sind, der wird in die Ecke gestellt und muss sich vom hohen moralischen Ross herab belehren lassen. Das geht nicht selten bis hin zu persönlichen Angriffen, die beleidigend, ja verleumderisch sind. Ein besonders übles Beispiel dafür ist, wie der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk, heute Vize-Aussenminister der Ukraine, am vergangenen Wochenende Rolf Mützenich, den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag angegriffen hat.

Begründungspflichtig ist nicht mehr die Lieferung von immer mehr Waffen. Wer verantwortlich abwägt, dem werden mangelnde Solidarität mit der Ukraine vorgeworfen. Motto scheint immer stärker zu sein, deutsche und europäische Politik vorsorglich dafür verantwortlich zu machen, dass die Ukraine ihre selbst erklärten Ziele militärisch nicht erreichen kann. Da werden Sündenböcke erfunden, damit man sie später jagen kann. Gegen die Einschätzung vieler sachkundiger Beobachter soll die Illusion eines militärischen Siegs der Ukraine gegen Russland aufrecht erhalten werden, koste es noch so viele Menschen in der Ukraine das Leben.

Die Risiken und Gefahren, die für Deutschland und Europa - nicht für die USA - aus einer solchen Politik entstehen, werden ausgeblendet, verdrängt oder geleugnet. Wer über Risiken und Gefahren spricht, wird moralisch diskreditiert, als feige oder defätistisch gebrandmarkt, übertroffen nur noch vom Vorwurf, ein Pazifist zu sein.

Quelle: [Christoph Habermann in Blog der Republik](#)

dazu: **Krieg bis zum »Endsieg«?**

Es ist erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit der Ruf nach immer neuen Waffen für die Ukraine eskaliert. Kaum war die Entscheidung gefallen, deutsche und US-amerikanische Kampfpanzer ins Kriegsgebiet zu entsenden, ertönte schon die Forderung aus Kiew nach Kampfflugzeugen, Langstreckenraketen, Kriegsschiffen und U-Booten.

Zunächst vom Bandera-Verehrer Melnyk ausgesprochen, der sich als Botschafter der Ukraine in Berlin in absolut undiplomatischer Weise mit seinen Forderungen an die Bundesregierung offen in die inneren Angelegenheiten des Gastgeberlandes eingemischt hatte - und dafür schließlich von seinen Auftraggebern mit dem Posten

eines Vize-Außenministers belohnt wurde. Kurz darauf nutzte Präsidentendarsteller Selenski seine allabendliche Video-Andacht, um die Forderung nach Flugzeugen und Raketen zu unterstreichen.

Und die Bellizisten in Berlin und den meisten Hauptstädten der NATO-Staaten griffen die Forderungen begierig auf, um ihre Regierungen neuem Druck auszusetzen. Stimmen von Leuten, die etwas von internationalen Beziehungen, Völkerrecht, Diplomatie und auch vom Militärwesen verstehen, kommen in den Medien nicht zu Wort. Wer öffentlich von einer friedlichen Friedenslösung spricht, von Verhandlungen oder gar von Abrüstung statt Aufrüstung, wird unverzüglich verbal attackiert und in eine Ecke gestellt, in der »Putin-Freund« an die Wand gemalt wurde.

Quelle: [Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Die Politik der Bundesregierung ist nicht alternativlos. Auch Südamerika schließt sich den Forderungen des „Westens“ nicht an.*

dazu auch: **Präsident von Argentinien nach Treffen mit Scholz: Keine Waffen für die Ukraine**

Argentiniens Präsident Alberto Fernández hat bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz betont, sein Land werde keine Waffen an die Ukraine liefern. Auf Nachfrage von Journalisten sagte er: "Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen an die Ukraine oder einen anderen Konfliktherd zu liefern".

Die Bundesregierung hatte am vergangenen Mittwoch bekanntgegeben, der Ukraine Panzer des Typs Leopard-2 A6 zu übergeben.

Fernández erklärte, er habe dem Kanzler seine Sorge und seinen Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Konflikts in der Ukraine vorgetragen. Die Feindseligkeiten müssten durch Diplomatie eingedämmt und dem Verlust von Menschenleben ein Ende gesetzt werden, "das ist ein Thema, an dem wir gemeinsam arbeiten müssen."

In einem Interview mit der brasilianischen Tageszeitung Folha de Sao Paulo, hatte Fernández kürzlich gesagt, dass er trotz seiner deutlichen Kritik am russischen Einmarsch in der Ukraine einen kontinuierlichen Dialog mit dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, aufrechterhalte und sich dabei stets für Friedensverhandlungen einsetze.

Auch lehnt Argentiniens Regierung die Sanktionen gegen Russland ab.

Quelle: [amerika21](#)

3. Der Westen braucht einen Plan B

Bald rollen deutsche Leopard-2-Panzer über die Schlachtfelder. Weil der Krieg

trotzdem noch lange dauern wird, braucht der Westen eine Strategie für mögliche Verhandlungen. (...)

Klüger, als nur mehr Waffen zu fordern und von einem „regime change“ in Moskau zu träumen, ist es, einen Plan B für einen langen Krieg zu entwickeln. Der heißt Diplomatie. Wer da an gemütliche Gespräche oder einen Friedensvertrag denkt, liegt falsch. Diplomatie ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die von Scholz unterstützte Botschaft Xis an Putin, bloß keine Atomwaffen einzusetzen, hat Moskaus nukleare Drohung Glaubwürdigkeit und damit Macht gekostet. Das ist vielleicht mehr wert als eine gewonnene Schlacht. Dass Waffen und Diplomatie ein Widerspruch sind, ist ein Kurzschluss deutscher Debatten, in denen Moral oft realpolitischen Verstand ersetzt.

Der Plan B wäre das offensive Angebot der Nato, zu verhandeln. Das könnte Putin unter Druck setzen und der russischen Elite irgendwann als Notausgang erscheinen. Es wäre einen Versuch wert.

Das Szenario für einen kalten Frieden lautet Land gegen Sicherheit. Die Krim und der Donbass bleiben russisch besetzt. Die Nato wird dafür Kyjiw verlässliche Sicherheitsgarantien geben müssen, die de facto einer Nato-Mitgliedschaft gleichkommen. Das wäre kein Friede, nur ein Waffenstillstand, den beide Seiten für Aufrüstung nutzen. Ein eingefrorener Krieg, so wie in Abchasien, Transnistrien und Südossetien.

Quelle: [taz](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Oh, ein Wunder, in der bellizistischen Grünen-taz, in der alles neben den Forderungen nach Waffen, mehr Waffen und noch mehr Waffen und einem (nicht näher definierten) Sieg der Ukraine schon die Idee, mit Russland zu verhandeln, als Sakrileg gilt, müsste Reinecke eigentlich gesteinigt werden. Und das wird er auch, weiter unten in den Leserkomentaren. Dabei nennt er Verhandlungen leider nur den "Plan B", obwohl sie Plan A sein sollten; aber er schlägt einen realistischen Ausweg vor, der die Ukraine Land und Macht kosten wird, aber viele, viele Menschenleben bewahren könnte. Nebenbei räumt er noch mit der Grünen Lebenslüge bzw. Lüge auf, dass die Ukraine bei den Verhandlungen das Heft in der Hand hätte: ein Land, das auf Gedeih und Verderb von "westlicher" Unterstützung vor allem aus den USA abhängig ist und ohne Hilfe keine zwei Wochen überleben könnte, kann natürlich von den Geld- und Waffenlieferanten gezwungen werden zu verhandeln und bestimmte schwer akzeptable Ergebnisse zu schlucken. Eigentlich ist der ganze Artikel ein einziges Eingeständnis, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine lediglich zu einem jahrelangen Abnutzungskrieg führen und das Leiden verlängern, dass also die Politik der Grünen völlig auf dem Holzweg ist.*

4. **Wie wär's mit einem Atomkrieg wegen der Krim? Notizen vom Rand der narrativen Matrix**

Das US-Imperium sagt zu Russland "Ich bin der verrückteste Irre weit und breit, ich werde das Spiel mit dem Feuer weiter anheizen, dir direkt in die Augen schauen und dich herausfordern, deine Atomwaffen einzusetzen", während es zugleich dem Rest der Welt beteuert "Ich bin die einzige Stimme der Vernunft, auf die als eure Führungskraft ihr euch alle verlassen solltet". Das eine Gesicht des Imperiums ist jenes des tugendhaften Verfechters von Freiheit und Demokratie, während das andere Gesicht die einschüchternde Fratze der Bösartigkeit zeigt - wie ein Gefangener, der jemand anderem auf dem Gefängnishof in den Hals beißt. Mindestens eines dieser beiden Gesichter lügt zwangsläufig.

Buchstäblich der einzige Grund, weshalb die meisten Durchschnittsbürger im Westen das Spiel mit dem nuklearen Feuer des US-Imperiums gegenüber Russland nicht schreckt, ist der, dass die meisten dieses Spiel gar nicht verstehen. Und diejenigen, die es verstehen, denken nicht sehr genau darüber nach. Sie verdrängen es geradezu, darüber nachzudenken, was ein Atomkrieg ist und was er bedeuten würde. (...)

Menschen im Westen formulieren jetzt gerne den Vorwurf, dass Nationen wie Russland und China "ihre Nachbarn angreifen" würden, als ob das irgendwie unmoralischer wäre gegenüber der Tatsache, dass die USA Nationen auf der anderen Seite des Erdballs angreifen, auch wenn die unmöglich eine Bedrohung für deren nationale Sicherheit darstellen können. Russland kann zumindest argumentieren, dass seine Invasion in der Ukraine aufgrund der dortigen US/NATO-Militarisierung in seinem unmittelbaren nationalen Sicherheitsinteresse lag. Und China könnte ähnliche Argumente vorbringen, falls es jemals Taiwan angreifen sollte. Die Kriege der USA wurden und werden dagegen ausschließlich geführt, um die Weltherrschaft der USA zu verteidigen, nicht die USA als Nation.

Quelle: [Caitlin Johnstone in RT DE](#)

5. **Dieses Mal ist es anders**

Weder wir noch unsere Verbündeten sind darauf vorbereitet, einen totalen Krieg mit Russland zu führen, weder regional noch global.

Bis zu der Entscheidung, Moskau in der Ukraine mit einer existenziellen militärischen Bedrohung zu konfrontieren, beschränkte Washington den Einsatz amerikanischer Militärmacht auf Konflikte, bei denen sich die Amerikaner eine Niederlage leisten konnten, also auf Kriege mit schwachen Gegnern in den Entwicklungsländern von Saigon bis Bagdad, die keine existenzielle Bedrohung für die US-Streitkräfte oder das amerikanische Territorium darstellten. Diesmal - im Stellvertreterkrieg mit Russland - ist es anders.

Im Gegensatz zu den frühen Hoffnungen und Erwartungen des Regierungsbezirks ist

Russland weder innerlich zusammengebrochen noch hat es vor den kollektiven Forderungen des Westens nach einem Regimewechsel in Moskau kapituliert. Washington unterschätzte den gesellschaftlichen Zusammenhalt Russlands, sein latentes militärisches Potenzial und seine relative Unempfindlichkeit gegenüber westlichen Wirtschaftssanktionen.

Infolgedessen ist Washingtons Stellvertreterkrieg gegen Russland zum Scheitern verurteilt. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin äußerte sich ungewöhnlich offen über die Lage in der Ukraine, als er am 20. Januar auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein zu den Verbündeten in Deutschland sagte: "Wir haben hier ein Zeitfenster von jetzt bis zum Frühjahr", wobei er zugab: "Das ist keine lange Zeit."

Alexej Arestowitsch, der kürzlich entlassene Berater und inoffizielle "Spinmeister" von Präsident Zelenski, war noch direkter. Er bezweifelt, dass die Ukraine ihren Krieg mit Russland gewinnen kann, und stellt in Frage, ob die Ukraine den Krieg überhaupt überleben wird. Die ukrainischen Verluste - mindestens 150.000 Tote, darunter 35.000 Vermisste und mutmaßlich Tote - haben die ukrainischen Streitkräfte auf fatale Weise geschwächt, was zu einer fragilen ukrainischen Verteidigungsposition geführt hat, die in den nächsten Wochen unter dem erdrückenden Gewicht der angreifenden russischen Streitkräfte wahrscheinlich zusammenbrechen wird.

Quelle: [Douglas Macgregor in Antikrieg](#)

dazu: **Deutschland ist das schwächste Glied auf dem NATO-Kriegskurs**

Wenn die Leopard-Rümpfe mit abgesprengten Geschütztürmen zurückgeschleppt werden, wird der politische Preis für Berlin unerträglich werden.

Deutschland wird wie eine Geige gespielt, und der Klang ist erbärmlich und klagend. Nur wenige Tage nach der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Deutschland werde seine Leopard-2-Panzer nicht an die Ukraine zum Kampf gegen Russland liefern, hat Berlin eine peinliche Kehrtwende vollzogen. Die Leopard-Panzer werden kommen. (...)

Der entscheidende Schritt kam aus Washington. Die Regierung Biden erklärte sich bereit, ihre Kampfpanzer vom Typ M1 Abrams zu schicken, nachdem sie zuvor erklärt hatte, dass sie dies aufgrund logistischer Unzulänglichkeiten nicht tun würde. Mit diesem überraschenden Schritt zog Berlin die Reißleine, nachdem es öffentlich erklärt hatte, dass es die Leopards nur unter der Bedingung liefern würde, dass die USA auch ihre Panzer schicken würden.

Die Sache ist jedoch die: US-Präsident Joe Biden hat die Lieferung von 30 Abrams angeordnet, aber es wird Monate oder sogar bis zu einem Jahr dauern, bis die amerikanischen Panzer im Krieg eingesetzt werden können. Das liegt daran, dass der Abrams ein größeres Ungetüm ist, das mehr Training für die Panzerbesatzungen

erfordert. Die deutschen Leopard-Panzer hingegen sind einsatzbereit. Washington spielt Berlin zweifellos einen Streich. Die Amerikaner fordern die Deutschen heraus, ihre besten Panzer an die Front zu schicken, weil sie wissen, dass ihre eigenen schwerfälligen, benzinschluckenden Ungetüme von hinten kommen werden.

Quelle: [Finian Cunningham in Antikrieg](#)

6. **Avoiding a Long War: U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict**

Discussion of the Russia-Ukraine war in Washington is increasingly dominated by the question of how it might end. To inform this discussion, this Perspective identifies ways in which the war could evolve and how alternative trajectories would affect U.S. interests. The authors argue that, in addition to minimizing the risks of major escalation, U.S. interests would be best served by avoiding a protracted conflict. The costs and risks of a long war in Ukraine are significant and outweigh the possible benefits of such a trajectory for the United States. Although Washington cannot by itself determine the war's duration, it can take steps that make an eventual negotiated end to the conflict more likely. Drawing on the literature on war termination, the authors identify key impediments to Russia-Ukraine talks, such as mutual optimism about the future of the war and mutual pessimism about the implications of peace. The Perspective highlights four policy instruments the United States could use to mitigate these impediments: clarifying plans for future support to Ukraine, making commitments to Ukraine's security, issuing assurances regarding the country's neutrality, and setting conditions for sanctions relief for Russia.

Quelle: [RAND](#)

***Anmerkung Christian Reimann:** Die 32-seitige Studie der RAND Corporation kann [hier](#) heruntergeladen und im englischen Original gelesen werden.*

7. **„Wir müssen in die Produktion von Kriegsmaterial gehen“**

Verteidigungsexperte Fritz Felgentreu über die Lieferung von Leopard-2-Panzern, das Risiko einer militärischen Eskalation und ein etwaiges Kriegsende. (...)

Wie entscheidend ist der Einsatz der Leopard-Panzer auf ukrainischer Seite für den Kriegsverlauf der nächsten Monate?

Die Entscheidung gegen die Bereitstellung der Panzer hätte den Kriegsverlauf wahrscheinlich sehr negativ beeinflusst. Es gibt ein Problem mit der Entwicklung der letzten zehn Monate: Man hat zwar kontinuierlich aus den eigenen Beständen die

Ukraine unterstützt, wir haben aber nicht gleichzeitig angefangen, nachzuproduzieren. Das heißt, die Menge an Material, die geliefert werden kann, wird kontinuierlich aufgebraucht. Daher war es notwendig, von altem sowjetischem Material überzugehen zur Lieferung auch westlicher Waffen. Das ist die eine logische Schlussfolgerung. Und die andere, die noch aussteht, ist: Wir müssen auch in die Produktion von Kriegsmaterial gehen, weil wir alle nicht wissen, wie lange dieser Krieg dauert. Und wenn es dabei bleibt, dass wir die Ukraine so lange unterstützen, wie es notwendig ist, dann wird das nicht gehen, ohne dass man auch anfängt, zu produzieren, so dass man auch in Zukunft noch liefern kann.

Der Gordische Knoten wurde erst durch die Zusage der USA gelöst, ihrerseits Abrams-Panzer an die Ukraine zu liefern. Statt dass Berlin, Paris und London gemeinsam voranschreiten, hat es die Rückversicherung aus Washington gebraucht. Wie eigenständig ist Europa in militärischen Angelegenheiten?

Europa ist in militärischen Angelegenheiten nach wie vor kaum eigenständig, weil die europäischen Armeen durch die Entwicklung der letzten 30 Jahre so schwach geworden sind, dass sie nicht mehr selbstständig in der Lage sind, die europäische Sicherheit zu gewährleisten. Das wirkt sich natürlich in so einer Situation aus. Es bedeutet, dass es offensichtlich ein starkes strategisches Interesse gibt, kein sicherheitspolitisches De-Coupling von den USA zu riskieren. Und es scheint ja auch der eigentliche Sinn des politischen Handelns von Olaf Scholz gewesen zu sein, dass man genau das ausschließen wollte.

Wie stark erhöht die Leopard-Lieferung das Risiko einer militärischen Eskalation im Krieg mit Russland?

Ich sehe da keine sehr große Gefahr. Die Russen haben bereits militärisch eskaliert. Sie sind bereit, Kriegsverbrechen zu begehen, um ihre militärischen Ziele zu erreichen. Durch die Lieferung der Leopard-Panzer ist keine qualitative Veränderung eingetreten. Warum ein Staat in einem höheren Maße Kriegspartei sein soll, wenn er Kampfpanzer liefert, als wenn er Flakpanzer liefert, hat sich mir nie erschlossen.

Quelle: [IPG](#)

Anmerkung unseres Lesers D.B.: Die Hetze geht weiter.

Anmerkung Christian Reimann: Dieser sog. Verteidigungsexperte mit SPD-Parteibuch „sehe da keine sehr große Gefahr“. Diese scheinbare Naivität ist gefährlich. Es werden nicht lediglich Kampfpanzer geliefert, sondern die Ausbildung ukrainischer Soldaten findet hierzulande statt. Genau das – so der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages – kann Kriegsbeteiligung bedeuten. Es hängt von Russland ab, wie es die Situation einschätzt – und nicht von der deutschen

Bundesregierung und deren „Experten“.

dazu auch: **Frankreich schickt keine Panzer, Italien sagt „Basta“**

Während Deutschland weiter unter Druck gesetzt wird, noch mehr Waffen in die Ukraine zu liefern, stellen sich Frankreich und Italien quer - offenbar erfolgreich. Präsident Macron hat immer noch keine französischen Kampfpanzer zugesagt. Ob man „Leclerc“-Panzer schicken werde, hänge von mehreren Konditionen ab, hatte Macron erklärt - offenbar sind sie immer noch nicht erfüllt.

Doch während sich Kanzler Scholz für jedes Zögern bei den Waffenlieferungen rechtfertigen muß, hat Macron offenbar keine Probleme. Weder aus Kiew noch aus Washington wurde Kritik laut. Gelten in Paris andere Maßstäbe?

Diese Frage stellt sich auch in Rom. Italien hat - genau wie Frankreich - vergleichsweise wenig Waffen in die Ukraine geliefert. Dennoch hagelt es auch dort keine internationale Kritik. Rom fliegt offenbar unter dem Radar.

Quelle: [Lost in Europe](#)

8. **Heute vor 79 Jahren hat die Rote Armee die deutsche Blockade Leningrads mit einer Million Verhungerten öffnen können. Das darf nicht in Vergessenheit geraten!**

Es wird immer klarer: Deutschland sieht, nach den zwei weltkriegsentscheidenden verlorenen Schlachten Stalingrad und Kursk, endlich eine Chance, den Russen zu zeigen, „wo Gott hockt“. Aber auch diesmal wird Deutschland nur verlieren: den wirtschaftlichen Vorteil, aus Russland günstiges Gas zu erhalten, was viel zu seinem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen hat, aber auch die nationale Ehre, nach einem verlorenen Krieg mit 27 Millionen Kriegsoffizieren allein in der Sowjetunion, zu einem anständigen, friedfertigen Land geworden zu sein. Die eigenen Kriegsverbrechen - notabene zu einer Zeit, als viele heute lebende Deutsche bereits geboren waren, also nicht etwa damals, vor Urzeiten! - dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Leningrad als Beispiel!

Die Stadt Leningrad, das heutige St. Petersburg, war Anfang der 1940er Jahre bereits eine Millionenstadt. Die am Baltischen Meer gelegene Stadt war schon damals die zweitgrößte Stadt Russlands. Beide Städte, Leningrad und Moskau, sollten gemäß Hitler nicht nur „erobert“, also unter eigene Kontrolle gebracht werden, beide Städte sollten, wie aus einem Schreiben des Nazi-Kaders Reinhard Heydrich hervorgeht, „ausgelöscht“ werden! Ausgelöscht werden! Es ging also klar um die geplante und teilweise realisierte Ermordung von Millionen von russischen Zivilisten!

Im Vernichtungslager Treblinka in Polen wurden zwischen Juli 1942 und August 1943 von den Nazis über 700.000 Menschen ermordet, fast alles Juden. Die Schätzungen

gehen bis auf eine Million. Weil es gezielt gegen Juden ging und weil die Juden in aller Welt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dafür sorgten, dass dies als Genozid ohne Vergleich in die Geschichte einging, weiss heute zumindest in Deutschland fast jedes Kind, welches Kriegsverbrechen Deutschland damals begangen hat. Und wie ist es mit der gewollten Verhungerung von Millionen von Russen? Die totale militärische Blockade der russischen Millionenstadt Leningrad begann am 8. September 1941. Erst 872 Tage später, am 27. Januar 1944, konnte die Rote Armee diese Blockade mit Waffengewalt durchbrechen und wieder Lebensmittel in die Stadt einführen. Da die gewollte Hungersnot zur totalen Vernichtung der Leningrader Bevölkerung ja nicht am ersten Tag der Blockade begann, aber bald einmal dramatisch anwuchs, muss davon ausgegangen werden, dass im Januar 1944, also nach mehr als zwei Jahren ohne jede Lebensmittel-Zufuhr, jeden Tag - jeden Tag! - bis zu 3000 Menschen oder gar mehr den Hungertod erlitten. Die Juden in Treblinka wurden vergast, die Russen in Leningrad wurden dem Hungertod übergeben: Gibt es schrecklichere Methoden, Menschen en masse umzubringen?

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: **»Wir vergessen nicht!«**

Stimmen aus Russland: Überfall auf UdSSR bleibt im Gedächtnis. Teil 1 (...)
Alte Wunden platzen in Russland jetzt wieder auf. Eine Bekannte schrieb mir: »Wir fahren als Touristen nach Deutschland, fast jeder hat gute Bekannte dort, wir schätzen diese sehr und lieben sie sogar. Aber! Das russische Volk hat den Deutschen nichts vergessen und nichts vergeben. Die Auseinandersetzungen in der Ukraine sind furchtbar und zeugen von Unfähigkeit. Die Deutschen sollten wissen, dass die Russen in der Ukraine-Frage gespalten sind. Wenn der Westen allerdings - und besonders Deutschland - an unser Land ran will, werden wir uns zusammenschließen, egal ob klein oder groß. Und keinem wird die Hand zittern, weder am Abzug eines Gewehrs noch beim Drücken eines Start- oder eines sonstigen Knopfes.
Der Hass darauf, was die Deutschen damals getan haben, ist nicht verschwunden. Und der Hass darauf, dass eure alten Leute, die früheren Soldaten, im Ergebnis viel besser leben als unsere alten Leute, die die Welt vom Faschismus gerettet haben, führt dazu, dass niemand fragen wird, wer schuld ist, der Westen oder unsere Verräter.
Deutschland muss jetzt still sein. Die ganze deutsche Nation muss jetzt beten, dass die Russen die Deutschen vergessen. Aber wir vergessen nicht!«

Quelle: [Ulrich Heyden in junge Welt](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Der doppelte Gedenktag - Der 27. Januar](#).

9. **Lehrerverbände reagieren empört auf Expertenempfehlung**

In Deutschland fehlen Tausende Lehrkräfte. Im Auftrag der Kultusminister hat ein Gremium Vorschläge ausgearbeitet, wie der Mangel zu kompensieren sei, bis hin zu »Achtsamkeitstraining« bei Belastung im Beruf. Die Reaktion: Wut.

Die Bildungs- und Lehrgewerkschaften haben die Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels kritisiert. »Mit diesen Maßnahmen wird das Versagen der Politik auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen«, sagte Gerhard Brand, Vorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE).

Die 16 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SWK hatten im Auftrag der Kultusministerinnen und Kultusminister Vorschläge ausgearbeitet, die kurz- und mittelfristig helfen sollen, um die Tausenden fehlenden Lehrkräftestellen zu kompensieren. Dazu gehören etwa, die Teilzeit zu begrenzen, Personal umzuverteilen und Unterrichtszeit an Gymnasien zu streichen.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Die Politik hat jahrelang, eigentlich jahrzehntelang der immer größer und offensichtlicher werdenden Not nicht nur passiv zugeschaut, sondern sie noch aktiv angeheizt, indem aus Kostengründen z. B. [Lehrer in den Sommerferien arbeitslos gemacht werden](#). Die leicht gestiegene Geburtenrate und die hohe Zuwanderung sind weitere Gründe für den Fehlbedarf, und die Politik hat weiter auf Kante genäht, statt zu versuchen, auch mal ein paar Lehrer zusätzlich und über Bedarf auszubilden. Dementsprechend schlecht sind die Arbeitsbedingungen und dementsprechend überlastet die Lehrer. Wer soll es ausbaden, abgesehen natürlich von den Schülern und deren Eltern? Den Pflegekräften, die jahrelang mit fürchterlichen Arbeitsbedingungen verheizt wurden und inzwischen massenhaft aus dem Beruf ausscheiden, hat die Politik in der Corona-Zeit die Arbeitsbedingungen noch einmal verschärft; nach den analogen Vorschlägen des SWK sollen die überlasteten Lehrer noch mehr belastet werden. Das ist sicher sehr zielführend... Lehrer von stumpfen Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, ist ja vernünftig, aber wie will man z. B. die Idee realisieren, zur Entlastung der Lehrer IT-Kräfte einzusetzen, wenn sogar in der Industrie angeblich ein IT-Fachkräftemangel herrscht, wenn es die Leute also gar nicht gibt??? Eine jahrelang politisch gewollte völlige Fehlentwicklung, "schlanker" (magersüchtiger) Staat, angeblich "sparen", und gleichzeitig das Geld mit vollen Händen zu den Großunternehmen hinauswerfen, statt in die Daseinsvorsorge zu investieren, fällt uns allen so richtig auf die Füße.

10. **Ernährungsarmut wegschweigen**

Reicht das Bürgergeld für gesundes Essen? Sechs Ministerien ringen um die Antwort – das Problem darf bloß nicht zu groß erscheinen.

Die Botschaft war eigentlich unmissverständlich. Mitten im reichen Deutschland gebe es „armutsbedingte Mangelernährung und teils auch Hunger“, bilanzierte der Wissenschaftliche Beirat des Bundesernährungsministeriums (BMEL) 2020 in einem Gutachten. Knapp drei Jahre vergingen, bis mit dem Grünen Cem Özdemir ein erster Minister ähnlich deutliche Worte fand – allerdings nur dann, wenn er sich mit dem Rest der Bundesregierung nicht abstimmen musste, wie zuletzt in einem Gastbeitrag für die Welt, in dem er „Ernährungsarmut“ als Problem benannte.

Die Ampelkoalition als Ganze tut sich damit nämlich schwer. Das belegen eindrucksvoll jene zwei Wochen im vergangenen Herbst, in denen insgesamt sechs Ministerien die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion abstimmten. Darin ringen sie um politisch korrekte Formulierungen und wollen nicht anerkennen, was wissenschaftlich vom Beirat klar beschrieben ist.

Nach einer Informationsfreiheitsanfrage liegen der taz jetzt die Unterlagen des Abstimmungsprozesses vor: Rund 50 E-Mails mit Textentwürfen und Kommentaren, die zwischen den Ministerien hin- und hergingen. Sie ermöglichen seltene Einblicke in die Ministerialbürokratie.

Quelle: [taz](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Hier klingt in der taz sogar Kritik an den Grünen durch, die aber nicht nur als Teil der Bundesregierung lügen, sondern als ursprüngliche Verursacher des Monstrums Hartz IV daran Schuld haben, dass Menschen nur 5,70 Euro am Tag zum Essen haben. Womit bekanntermaßen nicht nur gesundes Essen unmöglich zu finanzieren ist, sondern viele Leute nicht einmal überhaupt die notwendigen Lebensmittel kaufen können, gesund hin oder her.

dazu: **Jedes fünfte Kind arm? Jedes vierte? Egal, Panzer sind wichtiger**

Die Bertelsmann-Stiftung ist dieses Jahr etwas zu früh dran, um das Thema „Kinderarmut“ in die Presse zu bringen. Das Gehege für Sozialthemen in der deutschen Medienlandschaft erstreckt sich nämlich zweimal im Jahr über jeweils vier Wochen – vor Ostern und vor Weihnachten. Den Rest des Jahres wird eigentlich konsequent so getan, als wäre da nichts.

Und, wenn man strikt nach Nachrichtenqualität geht: Dass über 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden (samt der Mütter) in Armut leben, ist nichts Neues. Die Einführung von Hartz IV führte zu einem Sprung nach oben; aber schon davor lag die als „Armutsrisiko“ beschönigte Armut Alleinerziehender bei 35,4 Prozent. Und auch das ist konstant: Über die Hälfte aller in Armut lebender Kinder sind Kinder

Alleinerziehender. Wir reden also von einem Zustand, der Gesellschaft und Politik seit langem bekannt ist, an dem sich aber nichts zum Besseren ändert.

Gleiches gilt für die regionale Verteilung. Es sind die ehemaligen Industriestandorte, an denen die Armut besonders groß ist; in Deutschland nicht anders als in Großbritannien. Im Ruhrgebiet führt Gelsenkirchen, die einstige Zechenhochburg, mit 41,7 Prozent, gefolgt von Essen, Dortmund, Hagen, Herne und Duisburg mit jeweils knapp über 30 Prozent Kindern und Jugendlichen, die von Hartz IV leben müssen. Auch Bremen und Bremerhaven liegen in dieser Größenordnung. Und so ist es ebenfalls seit Jahren, seit Jahrzehnten. (...)

Man kann den diesjährigen Durchlauf des Themas "Kinderarmut" durchaus als Abschiedsvorstellung betrachten. Die aktuelle Bundesregierung tut ihr Bestes, das Thema Armut gleichzeitig aus seinem Nischendasein zu befreien, indem die Gruppe der Armen zielgerichtet ausgeweitet wird, und es gleichzeitig im schwarzen Loch der Berichterstattung zu versenken. Denn wer wird noch über Kinder berichten, denen die Geburtstage von Freunden entgehen, weil sie keine Geschenke kaufen können, wenn die Ampel es endlich geschafft hat, Europa in Brand zu setzen? Beim jetzigen Tempo jedenfalls findet die Weihnachtsrunde Sozialthemen bereits nicht mehr statt.

Quelle: [Dagmar Henn in RT DE](#)

dazu auch: **Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Ausgaben 2015 bis 2022**

Im Haushaltsjahr 2022 wurden vom Bund für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld insgesamt 22,276 Milliarden Euro ausgegeben (1) - 1,191 Milliarden Euro (nominal 5,6 Prozent) mehr als das im Bundeshaushalt 2022 veranschlagte Soll in Höhe von 21,085 Milliarden Euro. Anmerkung: Die Ausgaben stiegen damit nahezu auf den Betrag, den die alte Bundesregierung in ihrem ersten Haushaltsentwurf 2022 veranschlagt hatte, 22,400 Milliarden Euro.

Quelle: [BIAJ](#)

und: **Hartz IV: „Verwaltungskosten“ stiegen 2022 auf über sieben Milliarden Euro - Rückblick bis 2012 bzw. 2005**

Für „Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II - Hartz IV) wurden vom Bund und den Kommunen im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 7,053 Milliarden Euro ausgegeben, davon 6,007 Milliarden Euro vom Bund und (vom BIAJ rechnerische ermittelte) 1,046 Milliarden Euro von den Kommunen für deren Anteil an den „Gesamtverwaltungskosten der Jobcenter“. (vgl. Spalten 6, 1 und 4 in der Tabelle 1)

Quelle: [BIAJ](#)

11. **Über die Klugheit im Nachhinein**

Die Zeit beschäftigt sich in dieser Woche mit dem Thema „Unsere Corona-Fehler“. Darin Bekenntnisse von Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten. Ich habe mich geirrt ist eine Sammlung von Statements überschrieben. Häufig liest man da heraus, dass man im Nachhinein klüger geworden sei, eine beliebte Floskel, um dem Eingeständnis des Irrtums die Angriffsfläche zu nehmen, um das eigene schuldhafte Verhalten zu relativieren.

Man hört jetzt auch oft von den Verantwortlichen, dass sie dies und jenes nicht mehr so machen würden, also zum Beispiel die Schulen und Kitas zu schließen oder die Spielplätze. Doch Zweifel an diesem Lerneffekt sind angebracht, da es doch immer darauf ankam, was öffentlich durchsetzbar war. Der Stand der Erkenntnis spielte nie eine Rolle. Man verzichtete sogar aktiv darauf, das Wissen, das man hat, zu nutzen und dort, wo Wissen fehlt, es durch Forschung Schritt für Schritt zu verbessern. Stattdessen erfand man einfach Realitäten, indem man zum Beispiel Modellen vertraute, deren Aussagekraft aufgrund der vielen Annahmen schlichtweg unbrauchbar war. Dennoch nahm man stets das schlimmste Szenario als Begründung für politische Entscheidungen.

Kurzum: es war eben möglich, das alles zu tun und deshalb hat man es getan. Dafür gibt es auch einen schönen Beleg. Nach dem ersten Lockdown versprach der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn im September 2020 mit seiner bekannten Formulierung „Mit dem Wissen von heute, würden wir anders handeln“, dass es keine Schließung des Einzelhandels mehr geben werde. Es kam bekanntlich anders und der Lockdown dauerte noch sehr viel länger. Der Punkt ist einfach, dass man hinterher eben nicht klüger ist, sondern man immer befürchten muss, dass sich dieser schlimme Machtmissbrauch einfach wiederholt. Der Lerneffekt muss daher in der Erkenntnis bestehen, dass es viel zu einfach ist, Grundrechte über eine fragwürdige Verordnungspraxis außer Kraft zu setzen. Eine dringende Aufgabe von Politik und Gesellschaft wäre es da sicherlich, diesen eklatanten Mangel zu beheben. (...)

Es gibt eine vernünftige Ordnung, an die sich eine „Wir sind aber die Wissenschaft“ nicht mehr unbedingt halten wollte. Das Ergebnis ist Chaos. Noch bis zum Februar wird den Menschen zum Beispiel das Tragen von Masken auferlegt, nicht aber, weil es sich aus der Ordnung heraus ergäbe, nein, denn das zuständige Gesetz ist längst gegenstandslos geworden, aber man tut einfach so, als bestünde die Rechtsgrundlage einfach fort und ersetzt die konkret definierte Krankheit einfach durch eine oder mehrere andere, abgesichert von „der speziellen Wissenschaft“, die das irgendwie für richtig hält. Das Gesetz wird derweil nicht geändert, vermutlich weil die demokratische Mehrheit dafür fehlt, deshalb wird von den Lehrlingen der Machtmissbrauch mit Hilfe eines Ordnungsrechts ohne Rechtsgrundlage einfach

fortgesetzt. Sonderlich klug oder klüger ist das immer noch nicht.

Quelle: [TauBlog](#)

12. **Lässt Covid-19 unser Immunsystem vorzeitig altern?**

Können wiederholte Covid-19-Infektionen das Immunsystem vorzeitig altern lassen? Ich halte das für ein Gerücht. Es gibt keine soliden Daten dazu. Nach einer SARS-CoV-2-Infektion sind wie nach Impfungen gegen Covid-19 zunächst weniger naive T-Zellen im Blut zu finden. Das ist bei allen Infektionen und Impfungen so: Schließlich haben sich vormals naive Abwehrzellen jetzt auf einen Erreger spezialisiert.

Diese Immunreaktion dauert mindestens ein halbes Jahr, oft länger. Dann kommen in der Regel neue naive T-Zellen nach. Von einer vorzeitigen Alterung könnte erst die Rede sein, wenn die Zahl der naiven T-Zellen dann nicht wieder steigt. Das kann man aber erst zwei Jahre nach einer Infektion sagen. Dazu liegen die Daten noch nicht vor. (...)

Belastet Covid-19 den Körper stärker als andere Infektionskrankheiten?

Jeder Krankheitserreger hat eigene Tricks. SARS-CoV-2 veranlasst eine verfrühte Produktion des Botenstoffes TGF β und blockiert so das Immunsystem. Aber so originell ist das gar nicht. SARS-CoV-1 arbeitete genauso. Die allermeisten Menschen werden gut mit SARS-CoV-2 fertig, eine außergewöhnliche Belastung für das Immunsystem sehe ich nicht.

Was sagen Sie den Menschen, die aktuell Angst haben, eine erneute Infektion mit SARS-CoV-2 könnte ihr Immunsystem nachhaltig schwächen?

Diese Sorge ist unbegründet. Wer die erste Infektion gut überstanden hat, hat ein minimales Risiko, einen Kollateralschaden davon zu tragen. Er ist nicht größer als bei jeder anderen Infektion. Kein Grund für Alarmismus.

Quelle: [Apotheken Umschau](#)

Anmerkung Christian Reimann: Herr Lauterbach betreibt auch als amtierender Bundesgesundheitsminister den beklagten „Alarmismus“. Bitte lesen Sie dazu u.a. auch bzw. erneut [Von Irrglauben und Irrlichtern](#) und [T-Zellen gegen saisonale Coronaviren erkennen auch SARS-CoV-2 mit einer Anmerkung](#).

13. **Pfizer-Direktor wurde erwischt und dann gewalttätig**

Das Video ist authentisch. Das streitet auch der Pfizer-Konzern nicht ab.

Als der Journalist Walker fragt, ob das nicht «Gain of Function»-Forschung sei, was Pfizer da betreibt, verneint Walker: «Es ist definitiv keine Gain of Function Forschung.» Das, was Pfizer mache, sei «gesteuerte Entwicklung», und das unterscheide sich stark von Gain of Function-Forschung. «Wir dürfen mit den Viren keine Gain of Function-Forschung machen. Aber wir machen diese ausgewählten

Strukturveränderungen, um zu schauen, ob wir sie potenter machen können», erklärte Walker. Dabei wirkt er verschmitzt.

Im Gespräch zögerte Walker an einer Stelle: «Ich weiss nicht, ob ich das sagen sollte.» Dabei schaut er sich nach beiden Seiten um, als wolle er sich vergewissern, dass niemand anderer zuhört.

Denke Pfizer darüber nach, das Coronavirus zu mutieren?, erkundigte sich der Journalist. «Öffentlich sagen wir das nicht. Dieser Gedanke kam in einem Meeting auf», antwortet Walker. Man habe dort überlegt, «warum machen wir das nicht». Man sei sich jedoch bewusst, das «die Leute» das nicht mögen würden. Bei Pfizer würde darüber noch weiter diskutiert werden. Walker beschrieb zwei Methoden, um die Viren zu mutieren:

Eine Methode sei, Affen mit Coronaviren zu infizieren und sie weitere Affen anstecken zu lassen. Von den dabei entstandenen Virusmutanten nehme man dann die infektiöseren und stecke damit weitere Affen an. Auf diese Weise mutiere man die Viren aktiv und konstant.

Auch wenn Walker das im Gespräch anders bewertete: Diese Methode wird in der Gain of Function-Forschung angewendet.

Die andere, laut Walker nicht von Pfizer bevorzugte Methode sei, zu verfolgen, wie sich die Proteine an der Oberfläche des Virus verändern, und gezielt einzugreifen, so dass das Virus in die gewünschte Richtung mutiert.

Im weiteren Gespräch verriet Walker, dass Experimente stattfinden, dass man aber langsam und vorsichtig vorgehe, schliesslich wolle man es nicht bewerben, dass Pfizer künftige Virusmutationen herausfinden wolle. So liessen sich schon prophylaktisch Impfstoffe entwickeln, bevor diese Virusvarianten in der Natur auftauchen. Wenn diese Varianten dann da sein, habe Pfizer bereits den passenden Impfstoff.

Das wäre dann die ultimative Cash-Cow, meinte der Journalist, und Walker stimmt zu: «Ja, das wäre perfekt.»

Quelle: [Infosperber](#)